

Buchbinder-Zeitung

Ersteinst Sonntag.
Abonnementspreis 1.00 Mark pro
Quartal inkl. Postgebühren. Beitritt-
ungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Urbanstr. 68 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro dreizehnmalige Beilage 60 Pf.;
für Verbandsmittglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 10 Pf. Verlam-
mungsanzeigen z. 20 Pf. Preis-
angelegenheiten der Betrag beizufügen.

Nr. 50.

Berlin, den 9. Dezember 1917.

33. Jahrgang.

Der letzte Tag der Abstimmung ist der 8. Dezember. Veräume niemand seine Pflicht!

An die Abonnenten und Inserenten der Buchbinder-Zeitung!

Infolge der großen Preissteigerungen im Druckgewerbe sehen wir uns leider gezwungen, den Bezugspreis für die Buchbinder-Zeitung ab 1. Januar 1918 vierteljährlich von 1,— Mk. auf 1,50 Mk. zu erhöhen.

Aus dem nämlichen Grunde erfahren auch die Preise für Inserate eine Erhöhung um 50 v. H., so daß ab 1. Januar 1918 die viergespaltene Beilage 90 Pf., für Verbandsmitglieder jedoch nur 60 Pf. kosten wird; Stellenangebote werden mit 60 Pf. und Verlammlungsanzeigen mit 30 Pf. je Zeile berechnet werden.

Geschäftsstelle der Buchbinder-Zeitung.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Abschluß der Abstimmung.

Der Schluß der Abstimmung über die Vorlage betreffs Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen muß am Sonntag, den 8. Dezember, erfolgen. Die Ortsverwaltungen sind berechtigt, für den Schluß der Abstimmung eine bestimmte Stunde an diesem Tage festzusetzen, die aber hinlänglich bekanntgemacht sein muß. Bis zum vorgegebenen Zeitpunkt muß jedem Mitgliede Gelegenheit zur Abgabe seines Stimmzettels gegeben werden.

Das Ergebnis der Abstimmung ist möglichst unmittelbar nach Schluß derselben, spätestens aber am 9. Dezember, unter Zuziehung von wenigstens zwei Kontrolleuren festzustellen und an uns abzusenden. Als Kontrolleure gelten die örtlichen Revisoren. In der an uns abzusendenden Mitteilung ist die Zahl der am Ort vorhandenen Mitglieder, die Zahl der Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen haben, und das Ergebnis der Abstimmung anzugeben und durch Unterschrift des Bevollmächtigten und der Kontrolleure zu beglaubigen.

Die Einsendung des Abstimmungsergebnisses bitten wir so zeitig zu bewerkstelligen, daß dasselbe am Montag, den 10. Dezember, spätestens aber am 11. Dezember, früh morgens bei uns eintrifft, wobei die zurzeit mangelhafte Postverbindung zu beachten ist. Namentlich weit entfernt liegende Gauen und Zahlstellen, die das Ergebnis am 8. Dezember nicht mehr feststellen können, wollen uns bis Montag telegraphisch Nachricht geben, müssen dann aber die schriftliche Feststellung mit den Unterschriften folgen lassen.

Die Abstimmungszettel sind nicht mit einzusenden, müssen aber von den Gau- und Ortsverwaltungen aufbewahrt werden.

Wegen der Bestimmungen über die Handhabung der Abstimmung verweisen wir auf unsere Bekanntmachung in Nr. 47 der „Buchbinder-Zeitung“.

2. Weihnachtsunterstützung für die zum Kriegsdienste einberufenen Mitglieder.

Bei Auszahlung und Entgegennahme der auch für dieses Jahr wieder vorgegebenen Extrainterstützung für die Kriegsteilnehmer wollen die Verwaltungen und die Mitglieder folgende Grundzüge beachten.

Die auf Rechnung der Verbandskasse zu zahlende Weihnachtsunterstützung ist wieder gleichmäßig für alle Fälle auf 5 Mk. festgesetzt und soll allen verheirateten und unverheirateten Mitgliedern zuteil werden, die wenigstens 52 Wochenbeiträge geleistet haben und zum Kriegsdienst einberufen sind oder bis zum 24. Dezember noch einberufen werden. Weitere Voraussetzung für den Unterstützungsbezug ist, daß die Abmeldung zum Militärordnungsgemäß erfolgt und das Mitgliedsbuch an uns eingesandt ist.

Für solche Mitglieder, die sich in feindlichen Ländern in Gefangenschaft befinden, kann die Unterstützung gezahlt werden, für solche, die „vermißt“ sind, aber nur dann, wenn das letzte Lebenszeichen von ihnen nicht mehr als sechs Monate zurückliegt.

Die Auszahlung der Unterstützung darf in allen Fällen nur durch die Gau- oder Ortsverwaltung erfolgen, die das Mitgliedsbuch hierher eingekandt hat. Mit der Auszahlung kann schon jetzt begonnen werden. Im Jahre 1915 und 1916 zahlbar gewesen, aber nicht abgehobene Weihnachtsunterstützung kann noch jetzt nachgezahlt werden.

Für die Auszahlung sind die bereits zum Verband gebrachten graublauen Formulare zu benutzen.

Die Unterstützung an die verheirateten Mitglieder empfehlen wir an die Frauen derselben auszusahlen. Den unverheirateten Mitgliedern ist die Unterstützung möglichst zuzusenden, in geeigneten Fällen kann sie aber auch an Angehörige gezahlt werden. Sofern die Auszahlung der Unterstützung zurzeit nicht möglich ist, kann sie bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit erfolgen.

Die Frauen der einberufenen Mitglieder ersuchen wir, sich zur Entgegennahme der Unterstützung bei den Ortsverwaltungen zu melden. Unverheiratete Mitglieder wollen ihre

Adressen den Verwaltungen mitteilen, sofern sie diesen nicht schon bekannt sind.

An alle Gau- und Ortsverwaltungen richten wir das Ersuchen, die Weihnachtsunterstützung für unsere Krieger, sofern das irgend möglich ist, aus örtlichen Mitteln etwas zu erhöhen und empfehlen ihnen, auch den beim Heere befindlichen Mitgliedern, die noch keine 52 Beiträge geleistet haben, vielleicht durch Zusendung einer Liebesgabe eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Der Verbandsvorstand.

Jetzt ist die Zeit der Frauen!

Vier Millionen und sechshunderttausend Arbeiterinnen sind jetzt in Deutschland erwerbstätig. Soviel gab es ihrer noch nie. Das ist die Zeit der Frauen! Sie sind wichtige Träger unserer Volkswirtschaft geworden, ihrer unermüdeten und geschickten Mitarbeit ist die Verteidigung des Vaterlandes gegen eine Welt von Feinden mit zu danken. Sie haben sich in Tätigkeiten bewährt, die ihnen früher verschlossen waren und worin man ihr Eindringen für unmöglich gehalten hatte. Man braucht dabei nicht in hellen Jubel auszubrechen, denn auf dieses Bild hohen Könnens und rastlosen Schaffens fallen schwere Schlagschatten. Das wissen besonders jene Frauen am besten zu würdigen, die aus ihrer Häuslichkeit herausgerissen, von ihren Kindern getrennt, in den Fabriken ungewohnte und oftmals harte und schmutzige Arbeit verrichten müssen, um sich und die Ährigen zu erhalten.

Hoch klingt das Lied von der braven Frau auf allen Wegen! Gewiß darf man dieses Lob auch auf ihre Einsicht in gewerkschaftlichen Dingen übertragen? Sicher sind doch die meisten der vier Millionen und sechshunderttausend Arbeiterinnen in hellen Scharen in die Gewerkschaften geströmt?

Ach, der du so fragst, der du mit Spannung eine bejahende Antwort erwartest, verhäule dein Angesicht vor der beschämenden Tatsache, daß nur 261 999 unserer mitarbeitenden Schwestern eine solche Einsicht bezeugt haben. Denn das ist die genaue Zahl der weiblichen Mitglieder, welche die freien Gewerkschaften am 30. Juni 1917 zählten!

Schilt sie deswegen nicht, wird man mir entgegenhalten, denn „die Verhältnisse“ sind daran schuld, daß so wenige unserer Mitarbeiterinnen sich zu der unausrottbaren Leberzeugung von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation durchgerungen haben und auch die Opferwilligkeit betätigen, die nun einmal die Gewerkschaft von jedem Mitgliede fordert. Sie vermögen es wegen der nun einmal gegebenen Verhältnisse, unter denen das weibliche Geschlecht heranwächst und zu leben gezwungen ist, noch nicht zu erfassen, daß jene gewerkschaftliche Opferwilligkeit, wie sie ihnen in der Beitragszahlung am deutlichsten in Erscheinung tritt, eine Opferwilligkeit für ihr eigenes Wohl bedeutet.

Ja, ich weiß es nur zu wohl, daß dem Aufstieg des weiblichen Proletariats sich noch größere Hindernisse entgegentürmen, die dem männlichen sich in den Anfangsstufen seines gewerkschaftlichen Emporkommens entgegengerammt haben. Neben der an-

strengenden, langwährenden Berufsarbeit noch die Hauswirtschaft und die Wartung der Kinder zu betreiben, ist gewiß keine Kleinigkeit, ist eine Leistung, der man alle Hochachtung entgegenbringen muß. Wo soll danach noch die Zeit und die geistige Spannkraft herkommen, um in gewerkschaftlichen Versammlungen und Sitzungen an seiner Aufklärung und Ausbildung zu arbeiten; woher soll da die Zeit genommen werden, um in der verwaltungsgeschäftlichen Seiten der gewerkschaftlichen Tätigkeit einzubringen und gar als Funktionäre einzuspringen?

Freilich könnte man solchen Fragen gegenüber mühselos die Hände in den Schoß sinken lassen und versöhnlich erklären, diese Verhältnisse lassen sich nun einmal nicht ändern, also ist es nichts damit, daß nunmehr die Zeit der Frauen erfüllt sei und sie gleichberechtigt den Männern zur Seite treten könnten.

Wollten wir es aber so machen, dann wäre es am den Aufstieg des weiblichen Geschlechts schlecht bestellt. Auch den männlichen Proletariern sind die gebirgten Tauben nicht in den Mund geflogen, als sie sich zum Kampfe um ihre wirtschaftliche Befreiung aufraffen. In den sechziger, siebziger und achtziger Jahren war die Arbeitszeit lang; zwölf- und dreizehnhündige tägliche Arbeitszeiten waren besonders in der ersten Entwicklungsstufe der Arbeiterbewegung gar nicht so selten. Maßregelungen aller Art waren der Lohn für Organisationsarbeit, Handwändeln in den eigenen Reihen, ja sogar hämische Freude über das Wüßlingen organisationsfördernder Werbearbeit war geeignet, die Lust am schwierigen Wirken abzutöten, und der Bildungsmöglichkeiten endlich waren viel weniger vorhanden als heutzutage.

Übrigens liegen die Verhältnisse nicht gar so schlimm, wie es den Anschein erweckt. Denn nicht alle unsere Arbeitsschwerktern sind mit Familien Sorgen behaftet. Wo bleiben beispielsweise die Hunderttausende von ledigen Arbeiterinnen bei der gewerkschaftsfördernden Tätigkeit? Werden sie etwa von den Männern davon zurückgedrängt? O, keineswegs! Im Gegenteil: dankbar wird jede weibliche Hilfe entgegengenommen. Nie mehr als gerade jetzt ist die Zeit der Frauen, um sich in die gewerkschaftliche Werbetätigkeit und Verwaltungsarbeit einzurichten. Vielfach wird jetzt die achttündige Arbeitszeit wegen Licht- und Kohlenersparnis eingeführt. Die Zeit ist also vorhanden. Und bei dem Eindringen in die gewerkschaftlichen Tätigkeiten werden unsere Mitarbeiterinnen geistig wachsen. Sie werden dadurch nicht bloß der Arbeiterbewegung, sondern auch sich selbst einen Dienst erweisen. Denn was sie an klarer Auseinandersetzung der gewerkschaftlichen Ziele, beim Einfassieren von Beiträgen, Eintreten in entsprechende Bücher, Abrechnung mit dem Zahlstellen- oder Hauptkassierer, Bericht an das Fachblatt erworben haben, das bleibt ihnen erhalten und kann ihnen früher oder später im Erwerbsleben zugute kommen. Ist der entschlossene Wille vorhanden, solche Tätigkeiten zu verrichten, so wird sich auch das Können nach und nach einstellen. Es kommt dabei zunächst weniger auf schöne Reden an. Das habe ich auch jüngst einer Kollegin gesagt, die mir mit berechtigtem Stolz erklärte, sie hätte aus eigenem Antrieb in einer großen Buchbinderei das Einfassieren von Beiträgen bei 170 Mitgliedern übernommen. Sie könne zwar noch nicht so gut reden wie die Kollegin Soundso, sie fände aber trotzdem Befriedigung in ihrer anfangs etwas ungewohnten Tätigkeit.

Der Dichter Richard Dehmel hat in einem wunderschönen Gedicht „Mehr Zeit“ die ungestillte Sehnsucht der Arbeiter und Arbeiterinnen nach mehr Zeit zur körperlichen Erholung und zur geistigen Ausbildung ausgesprochen. Die Arbeiterinnen wollen nicht vergessen, daß die Gewerkschaften zu allererst die kräftigsten Springquellen zur Stillung dieser Sehnsucht sein können, je mehr sich auch die Arbeiterinnen nicht nur als Mitglieder, sondern auch als Vertrauenspersonen in ihren Dienst stellen. Dann wird es um so leichter sein, die Arbeitszeit möglichst kurz zu gestalten. Halbtagskassen für verheiratete Frauen einzuführen, Volksschulen und gemeinsame Speiseanstalten (bessere wie jetzt in der Kriegszeit) einzurichten und zur weiblichen Ausbildung nützliche Anstalten hervorzurufen,

Alles für und durch die Arbeiterinnen! muß es heißen. Wobei der Nachdruck auf das Wort „durch“ zu legen ist.

Zeit ist wahrhaftig die Zeit der Frauen. Mögen diese selbst dafür sorgen, daß sie nicht ungenüßt vorübergeht.

Wir gedenken der hohen Bedeutung der Frauen für unser Gewerbe und für unsern Verband dadurch Rechnung zu tragen, indem wir vom Anfang des nächsten Jahres ab eine besondere Abteilung: „Für unsere Frauen“, in unserer „Buchbinder-Zeitung“ einführen werden, wobei wir einen besonderen Wert auf die Mitarbeit der Kolleginnen legen. Wir laden die Kolleginnen schon jetzt hiermit zu dieser Mitarbeit ein!

Mägen und Schellen über mangelhaftes Verständnis der männlichen gegenüber den weiblichen Kollegen schafft keine fruchtbaren Werte, ist im allgemeinen auch in keinem Gewerbe so unangebracht wie in dem unserigen. Denn unser Verband wird von keinem andern in der Fürsorge für die weiblichen Berufsangehörigen übertroffen.

Wer das nicht glaubt, der frage einmal unsere Unternehmer, die das Eintreten unserer Unterhändler für die Kolleginnen bei allen Lohn- und Teuerungszulagenbewegungen höchst unangenehm empfinden und schon mehr als einmal ihre Bewunderung und auch Mißbilligung darüber ausgesprochen haben, daß wir immer so für die Interessen der Kolleginnen eintreten, obgleich manchmal nur ein winziger Teil derselben organisiert sei. Ja, es ist schon vorgekommen, daß die Unternehmer geradezu uns das Mandat zur Vertretung der Kolleginnen aus dem Grunde bestritten haben, daß hier und da gar keine oder nur sehr wenige Kolleginnen in unserem Verbands seien.

Jede Kollegin, die wirklich und ernsthaft will, findet überall in unserm Verbands ein weites Feld vielseitiger Tätigkeit. Die Frauenbestrebungen werden aber erst dann zur vollen Geltung kommen, wenn die Frauen nicht die gewerkschaftliche Arbeit — wie es leider, leider immer noch der Fall ist — in der Hauptsache den Männern überlassen, sondern überall werttätig mit Hand anlegen. Set es drum!

Schleunige Reformen auf dem Gebiet des Koalitionsrechtes.

Von Hugo Heinemann.

I. K. Mit der beginnenden Reichstagsession soll auch der Verfassungsausschuß seine bewährte Tätigkeit wieder aufnehmen. Er hat bisher rein doktrinaire, unfruchtbare Arbeit geleistet. Die von ihm vorgeschlagenen, äußerlich sich als Eingriffe in die Konmandogewalt darstellenden Spielereien betreffen lediglich die Formen des Verfassungslebens, in denen der alte Liberalismus von jeher das Heil der Welt erblickte. Die einzige praktische Bedeutung dieser Vorschläge besteht darin, daß sie den Reaktionen bequeme Schlagworte zur Hand gegen die Reichstagsmehrheit liefert, während sie in Wahrheit alles beim alten lassen. Nachdem ferner die Wahlrechtsvorlage durch die kaiserliche Entschließung für Preußen der Lösung entgegengeführt ist, liegt dem Verfassungsausschuß nur ein einziger praktisch erheblicher Antrag vor, die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung. Ob dieser Antrag vom Verfassungsausschuß angenommen werden oder ob man ihn unter dem bequemen Vorwand von Kompetenzüberschreitungen begraben wird, steht dahin. Aber selbst wenn der Verfassungsausschuß sich zustimmend äußern sollte, so ist dies praktisch gleichgültig. Denn die Vorschläge des Verfassungsausschusses sind mit so viel unnützem Ballast beladen, daß jeder sofortige gesetzliche Niederschlag dieser Anträge ausgeschlossen ist. Mit akademischen Erörterungen aber ist der deutschen Arbeiterschaft nicht gedient. Sie verlangt von ihrer politischen Vertretung positive Arbeit. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sie auf sozialpolitischem Gebiete, also da, wo die Lebensinteressen des Volkes auf dem Spiele stehen, wo es sich um den Selbstzweck für die gesetzgeberische Tätigkeit handelt, in der letzten Zeit versagt hat. Bürgerliche Sozialpolitiker, in erster Linie die „Soziale Praxis“, werden nicht müde, daran zu erinnern, daß man über das Suchen nach den Mitteln zum Zweck nicht diesen selbst, die

Aufwärtsentwicklung der großen Masse des Volkes, vergessen möge — von der Inangriffnahme hierauf gerichteter, erster, zweiter und drittensprechend eingerichteter gesetzgeberischer Aktion der sozialdemokratischen Partei hören wir nichts. Unser Zentralorgan hat genug damit zu tun, uns zu empfehlen, den Ratschlägen des Oberhauptes desjenigen Staates zu folgen, in dem freitende Arbeiter, sobald sie anfangen, dem Geldad wirklich wehe zu tun, schlechter behandelt werden als früher in dem zarischen Rußland. Soweit dies Wehrtrauchspenden Raum übrig läßt, wird wohlgefällig der Bemühtung darüber Ausdruck gegeben, daß man an der edlen Tat der Stanzlerstürzerei nicht unbeteiligt war.

Es sollte, so meinen wir, doch zum Nachdenken Anlaß geben, daß das offizielle Organ der wirtschaftlichen Vertretung der Arbeiterklasse von diesem Selbstmord keineswegs erbaut war und darin durchaus kein Zeichen politischer Reife zu erblicken vermochte. Trefflicher hatte Herr v. Bethmann Hollweg da eingeseh, wo zunächst die bessernde Hand angelegt werden mußte, bei dem Reichsbereinsgesetz, indem er den Gewerkschaften die Betätigungsmöglichkeit sicherte gegenüber einer widerstrebenden, lebensfremden, aller organisierten Selbsthilfe feindlich und dem modernen sozialen Leben hilflos gegenüberstehenden Rechtsprechung. Fehlerhaft war es nur, daß Herr v. Bethmann hierbei stehen blieb und sich darauf beschränkte, nur das gesetzliche zu regeln, was eine unverständige Rechtsprechung durch juristische Auslegungs- und begriffliche Seitwärtskunststücke wider den Willen des Gesetzgebers in das Recht hineingetragen hatte. Den Mut, das veraltete Gesetz selbst trotz Sträubens der Schwerindustrie abzuändern und die Konsequenz daraus zu ziehen, daß es in gewerblichen Großbetrieben heute keinen individuellen Arbeitsvertrag mehr gibt, daß die wirklich vertragstiftende Kraft vielmehr die Organisation ist, hatte er nicht.

Hier muß die sozialdemokratische Fraktion eingreifen. Sie darf nicht länger zögern — das muß ihr vor Loresschluß noch einmal mit aller Schärfe gesagt werden —, noch in dieser Reichstagsession Regierung und Wehrheitsparteien dazu zu zwingen, Stellung zu der Frage zu nehmen, ob man auf sozialem Gebiete die elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit zugunsten des Proletariats erfüllen will. Dabei vermeide man es, etwa das Gesamtproblem des Arbeitsrechts aufzurollen, um dem beliebigen Einwand zu entgehen, daß hier große systematische Arbeit zu leisten sei, die unmöglich während des Donnerens der Kammeren bewältigt werden könne. Die zwei wesentlichsten Fragen sind spruchreif: Die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung und die Umgestaltung des Erpressungsparagrafen. Die Motive zu dem von der sozialdemokratischen Partei vorzulegenden Gesetzentwurf werden sich vorzugsweise auf die Erfahrungen der Kriegszeit zu stützen haben. Mit Recht ertönt heute bei jeder gewiß tief besagener Arbeitseinstellung der Ruf nach gewerkschaftlicher Zucht. Darf man sich aber wundern, wenn dieser leider hier und da versagt? Die Gracchen sollten nicht über Aufbruch schreien. Ist es nicht unser Gesetz selbst, das der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft einen politischen Makel aufbrückt und in § 153 aus diesem Gedanken die praktischen Konsequenzen zieht? Ist es nicht die Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichtshofes, die das solidarische Handeln der Arbeiterklasse, die Betätigung ihres Zusammengehörigkeitsgefühls und Verantwortlichkeitsbewußtseins gegenüber dem Ganzen zum Tatbestand der Erpressung ausgemünzt hat? War es nicht die „Arbeitszeitung“, die in jeder Nummer vor dem Krieg dem Unternehmertum zurief, man solle ja nicht vergessen, daß nur der Zwang zur Koalition strafbar sei, die Verhinderung des Arbeiters an der freien Koalitionsausübung eine durchaus gesetzmäßige Handlung im Deutschen Reich darstelle?

Sieht man jetzt endlich — wahrlich spät genug — die Unhaltbarkeit dieses Zustandes ein und erkennt man die Kräftigung der gewerkschaftlichen Autorität als nationale Notwendigkeit an, wozu im Hilfsbittengesetz der erste Schritt getan ist, dann kann man unsere den entgegengegesetzten Gedanken zum Ausdruck bringende Gesetzgebung nicht einen Tag länger bestehen lassen. Die sozialdemokratische Fraktion muß unverzüglich Regierung und Reichstag zwingen, Farbe zu bekennen.

Zwei Sekretariate werden von der Generalkommission und 13 vom Verband der Bergarbeiter unterhalten. Bei der durch den Krieg verursachten starken Verminderung der Gewerkschaftsmitglieder wäre es den Statistiken nicht möglich gewesen, die Sekretariate völlig zu erhalten, wenn nicht die Generalkommission durch Zuschüsse besonders bedrängten Sekretariaten finanzielle Hilfe gewährt hätte. Die Gesamtausgabe der an der Statistik beteiligten Sekretariate betrug 576 315 Mk. Von dieser Ausgabe wurden gebet 334 306 Mk. aus Statistikkassen, 43 852 Mk. aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 31 852 Mk. aus den Kassen beteiligter Organisationen. Unter der letzteren Summe befinden sich 23 702 Mk. des Bergarbeiterverbandes für die Unterhaltung seiner Sekretariate. Die Zuschüsse der Generalkommission belaufen sich auf 74 217 Mk., die von Particiororganisationen und sonstigen Arbeiterunternehmungen auf zusammen 21 365 Mk. Aus Staats- und Gemeindemitteln wurden an sieben Sekretariate zusammen 10 475 Mk. gegeben. Ein Defizit von 21 877 Mk. wurde aus den Kassenbeständen gedeckt. Bei der regen Tätigkeit, die die Sekretariate durch ihren dem wertvollen Volke gewährten Rechtsbeistand einfallen, der in hohem Maße dem allgemeinen Wohle dient, wäre es durchaus angebracht, wenn die Sekretariate in größerem Umfang, als es bisher geschah, Unterstützungen aus Gemeindemitteln erhalten würden. Besonders aber während des Krieges, wo bei dem stark reduzierten Mitgliederstande die Gewerkschaften die finanziellen Opfer besonders drückend empfinden. Der Aufgabenkreis der Sekretariate ist durch ihre Tätigkeit in Kriegsfürsorgeangelegenheiten gegen die Friedenszeit bedeutend erweitert. Die Aufrechterhaltung der Sekretariate während der Kriegszeit ist eine dringende Notwendigkeit. Es gereicht den Gewerkschaften zur hohen Ehre, aus eigener schöpferischer Kraft, trotz aller Schwierigkeiten und finanziellen Opfer, die Rechtsberatungeinrichtungen bisher aufrechterhalten zu haben.

Vom Wachstum der Unternehmerverbände.

Von allen einsichtigen Freunden der Gewerkschaften ist immer auf die durch die großen Kriegsgewinne gestärkte Macht des Unternehmertums und ihrer Verbände hingewiesen worden. Und wie sich das damit verbundene Machtbewußtsein schon jetzt im geheimen äußert, war neulich die „Bergarbeiter-Zeitung“ aufzudecken in der Lage, indem sie eine Eingabe der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 2. Juni d. J. an General Gröner veröffentlichte, worin von der „ungehörigen Höhe der Löhne“ die Rede war, die eine „große Gefahr für unsere zukünftige Wirtschaft“ darstelle. General Gröner wurde daher gebeten, namentlich die staatlichen Betriebe auf die große Gefahr zu weisen Entgegenkommens gegenüber den unberechtigten Lohnforderungen hinzuweisen“. Weil Gröner nicht so recht gehören wollte, deswegen soll ja sein Sturz herbeigeführt worden sein.

Ueber die Entwicklung der Unternehmerverbände wird meistens geheimnisvolles Schweigen von diesen selbst beobachtet. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist aber auf steigende Mitgliederzahlen derselben zu rechnen, besonders bei denen mit hochschwarzem Einfluß, die bekanntlich vor den „sanftesten“ Druckmitteln auf widerhaarige Unternehmer nicht zurückweichen. Da ist es nun gewiß möglich zu hören, was eine Unternehmervereinigung, die zwar nicht gerade zu den schwarzmerdlichen gehört, sondern mehr der Verständigung mit den Gewerkschaften oft das Wort geredet hat, über ihre Entwicklung während der Kriegszeit berichtet. Der Deutsche Industriekongressverband schreibt nun in seinen „Mitteilungen“ vom November 1917 folgendes:

„Trotz der für die Verarbeitung ungunstigen Kriegsverhältnisse sind seit Anfang dieses Jahres weitere 540 Firmen mit rund 27 Millionen Mark Jahreslohnsumme als Mitglieder neu gewonnen worden. Während des Krieges ist die Zahl unserer unmittelbaren Mitglieder insgesamt um 1530 auf zurzeit 6680 gestiegen. Anschlüsse mehrerer bedeutender Verbände und zahlreicher Einzelfirmen stehen in nächster Zeit bevor. Wie die Arbeiter für ihre Gewerkschaften, müssen auch die Industriellen überall, wo sich Gelegenheit bietet, stets mit für ihre Organisation arbeiten.“

In den „Mitteilungen“ wird dann noch die in Arbeiterkreisen vielfach verbreitete Ansicht von der Schwächung der Gewerkschaften durch den Krieg als irrtümlich zurückgewiesen, sondern vielmehr von einem „unverkennbaren Machtzuwachs der Gewerkschaften“ gesprochen, weshalb „ein weiterer Ausbau der Schutzorganisation der Arbeitgeber um so not-

wendiger“ sei. Zumal der „nicht aus der Welt zu schaffende Interessenggensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Kriegsfolgebzeit zu außerordentlich schweren Auseinandersetzungen führen wird“. Es wird diese Ansicht zwar mit angelegten Reuegerungen der Gewerkschaftsorgane begründet, allein man weiß ja, daß die Unternehmer sich gern als die Friedfertigen hinzustellen belieben, die sich nur notgedrungen gegen die bösen Friedensstörer, die Gewerkschaften, zur Abwehr rüsten.

Die Arbeiter aber, wenn sie nur die einfachste Einsicht und Hebrlegung ousfallen lassen, werden aus solchen Reuegerungen erkennen, wie notwendig ihre Einsicht ist und wie wenig sie sich Zersplitterungsbestrebungen in den Gewerkschaften leisten dürfen.

Der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur.

I. K. Der Verband, der im Vorjahre in Hildesheim gegründet wurde, hielt vor einiger Zeit seine erste Jahresversammlung in Mannheim ab. Der Verband hat in der ersten Zeit seines Bestehens mancherlei Anfechtungen erfahren. Das hatte mit seinem Grund darin, daß es bei der Gründungsversammlung schien, als solle der Verband ins alldeutsche Fahrwasser gedrängt werden; einzelne Mitbegründer des Verbandes hatten dem Wort „Deutsche Theaterkultur“ eine stark einseitige Betonung gegeben. Es braucht nicht untersucht zu werden, ob die Leitung des Verbandes diese Ansichten ursprünglich geteilt hat oder nicht. Jedenfalls steht fest, daß heute eine solche Gefahr nicht mehr besteht. Nicht erst seit der Mannheimer Tagung, sondern auch vorher schon ist die Leitung des Verbandes redlich und erfolgreich bemüht gewesen, die Mitarbeit an Verbänden allen Volksteilen möglich zu machen, sofern sie sich nur zu dem einen Ziel bekennen: den großen und köstlichen Schatz deutscher Geisteskultur zum Gemeinut des deutschen Volkes zu machen und zwar durch Vermittlung des Theaters — und somit andererseits auch das deutsche Theater zu einem Kulturtheater zu machen. In der richtigen Erkenntnis der hohen kulturellen Aufgabe eines solchen Verbandes ist denn u. a. auch die Generalkommission der Gewerkschaften demselben als förperschaftliches Mitglied beigetreten.

Neben der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten fand eine öffentliche Versammlung statt. Zu derselben sprach der Abgeordnete G. Schulz über die Frage: „Was will der Verband?“ Am Schluß seiner Rede warf er die Frage auf: „Aber was gerade jetzt während des Krieges die rechte Zeit, eine Organisation zu gründen, die der Theaterkultur gewidmet ist?“ Er beantwortete sie dahin:

„Zeit Jahren sind Hunderttausende von Männern an der Front, fern von allem, was Lebensfreude heißt. Was die Speeresverwaltung tut, um die Kulturträger fast bis in die vordersten Stellungen zugänglich zu machen, bleibt immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein und kann nur das Empfinden für das Fehlende um so deutlicher machen. Hunderttausende auch im Jahre sind durch die harte Zeit dem Theater entfremdet. Wenn der Frieden da ist, werden Lebenshunger und Begierde nach all dem Langentbehrten die Menschen ergreifen. Sie werden in die Theater kommen und das reine Geschäftstheater wird ihnen gangbare Ware vorsehen. Für diese Zeit wollen wir vorsehen, daß eine Gegenströmung vorhanden ist, daß mit Unterstützung der staatlichen Kräfte wohl, aber nicht durch ihre Bevormundung, sondern aus dem Willen des Volkes heraus das Kunsttheater und die wirkliche Kunst Sieger bleiben.“

Diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte ein Referat des Intendanten des Mannheimer Hoftheaters, Dr. Husemann, über das Thema „Theater und Kultur“. Die formvollendeten und infallig reichen Worte desselben werden ganz besonders die Leser der Arbeiterpresse interessieren:

„Der Kampf für die Kultivierung des Theaters ist stets ein Kampf gegen den Philister gewesen. Gegen ihn rufen wir also die auf, die Kulturträger im Volke sind. Das sind nicht nur die Besessenen. Im einfachen Volk findet man oft das instinktive trefflichere Gefühl für schön und häßlich, das sich wohl wecken und ausbilden, aber niemals und um keinen Preis schaffen läßt, wo es nicht vorhanden ist. Diese Kräfte wollen wir heranziehen, sammeln, schulen; wir wollen, daß der Hunger nach Schönheit, nach geistigem Genuss gestillt werde, wo immer er auftritt.“

Mit Recht konnte der Vertreter der Gewerkschaften auf der Tagung erklären, daß die große deutsche Arbeiterbewegung eigentlich schon immer in diesem Sinne gearbeitet habe, indem sie den Hunger nach Schönheit und geistiger Kultur in den Massen

des arbeitenden Volkes geweckt habe und daß sich ihre Vertreter daher auch mit vollem Recht und klar erkannter Folgerichtigkeit in den Dienst einer Bewegung stellen, die sich umgekehrt zur Aufgabe gemacht habe, die Schätze deutscher Geisteskultur in die Massen des arbeitenden Volkes herinzubringen. Es wäre zu wünschen, daß sich zur Förderung dieser großen und segensreichen Aufgabe die örtlichen Organisationen der Arbeiterklasse den Ortsvereinen des genannten Verbandes anschließen oder sich förperschaftlich dem Verbands angliedern.

Korrespondenzen.

Eine Bitte an die Schriftführer.

Der Raum unserer Zeitung ist knapp bemessen. Es ist daher notwendig, die Berichte kurz zu halten und nur das für die Allgemeinheit Wichtigste zu schreiben. Entschuldigungen von Versammlungen brauchen beispielsweise nicht in ihrem ganzen Wortlaut gebracht zu werden, sondern es genügt, wenn ihr wesentlicher Inhalt wiedergegeben wird. Vierteljahrsberichte über den Stand irgendeiner Lokalkasse entbehren jeglicher Anteilnahme der übrigen Kollegenschaft, sie sind also für unsere Zeitung überflüssig.

Wir haben in der letzten Zeit Berichte über Teuerungszulagenbewegungen möglichst ausführlich gebracht, aber trotzdem manches Unwichtige und Langatmige in den Berichten streichen müssen. Das werden wir in Zukunft in erhöhtem Maße tun müssen, um nicht die übrigen Aufgaben der Zeitung zu kurz kommen zu lassen. Da Streichungen für uns keine angenehme Sache sind, sondern nur notgedrungen vorgenommen werden, bitten wir die verehrlichen Schriftführer, obiges zu berücksichtigen und sich besonders möglichst kurz zu fassen, eingedenk des Wahlspruches:

In der Kürze liegt die Würze!

Die Redaktion.

Bielefeld. Am 23. November fand hier eine öffentliche Versammlung der Buchbinder und Buchbinderarbeiterrinnen statt, in der der vom Verbandsvorstand hierher entsandte Kollege Dörber über die Verhandlungen berichtete, die mit den hiesigen Arbeitgebern wegen der Tarifverneuerung geführt wurden.

Unser Tarif stammt aus dem Jahre 1913 und lief am 1. Oktober d. J. ab. Die sehr rückständigen Minimallöhne nötigten uns zur Kündigung desselben. Um den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen, haben wir aber von einer durchaus wünschenswerten Umgestaltung des ganzen Tarifs Abstand genommen und uns darauf beschränkt, die Erhöhung der Minimallöhne sowie die Gewährung einer allgemeinen Lohnzulage und im Anschluß daran die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des im übrigen unverändert gebliebenen Tarifs bis zum 1. Oktober 1918 zu beantragen.

Wenn auch bezüglich der Lohnerhöhungen nicht im beantragten Umfang so doch grundtätlich haben die Firmen Carl Wolpers und Richard Dohse, beides Großbuchbindereien, und die Firma Gebr. Kather, Buchdruckerei, unseren Anträgen entsprochen, wobei sie anerkannten, daß ein Zurückgehen der Lebensmittelpreise und damit im Zusammenhang ein Zurückgehen der Arbeitslöhne auf den vor dem Kriege üblichen Stand als ausgeschlossen gelten müsse.

Durch die neue Vereinbarung sind für Bielefeld folgende Minimallöhne festgelegt:

Für gelehrte männliche Arbeiter bis zum vollendeten 19. Lebensjahre 23 Mk., im Alter von über 19 Jahre 25 Mk., über 20 Jahre 27 Mk., über 21 Jahre 29 Mk. und über 23 Jahre 32 Mk. pro Woche. Beschneider, Karmorerer, Bergolder und Arbeiter an der Deckenmach- und Einhängemaschine 35 Mk. pro Woche.

Für Arbeiterinnen unter 16 Jahren im 1. Halbjahr der Berufstätigkeit 9 Mk., steigend bis zu einem Jahre auf 12 Mk., nach einem Jahre Berufstätigkeit 13 Mk. und nach zwei Jahren 15 Mk. pro Woche.

Für Arbeiterinnen über 16 Jahre im 1. Vierteljahr der Berufstätigkeit 11 Mk., nach dem 1. Vierteljahr 13 Mk., nach einem Jahre 15 Mk., nach zwei Jahren 16 Mk. und nach drei Jahren 17 Mk. pro Woche.

Für Hilfsarbeiter unter 16 Jahren im 1. Halbjahr 12 Mk., im 2. Halbjahr 14 Mk., nach einem Jahre 17 Mk. pro Woche.

Für Hilfsarbeiter über 16 Jahre im 1. Halbjahr 14 Mk., im 2. Halbjahr 16 Mk., nach einem Jahre 19 Mk., nach zwei Jahren 22 Mk., nach drei Jahren 24 Mk. pro Woche.

Allen Arbeitern und Arbeiterinnen, denen durch die vorstehenden Bestimmungen nicht eine weitergehende Lohnaufbesserung zuteil wird, wird der bisherige Lohn um 15 Proz. erhöht. Die bisher üblichen Affordpreise sind ebenfalls um 15 Proz. zu erhöhen. Die bisherigen Teuerungszulagen bleiben bestehen,

Die Firma **Kris Eilers jun.**, Geschäftsbücherfabrik, hat sich der neuen Vereinbarung noch nicht angeschlossen. Der Inhaber der Firma, mit dem die Verhandlungen geführt wurden, wollte sich ohne nochmalige Verändingung mit seinem Bruder, der Mitinhaber der Firma ist, zu einer bestimmten Zulage nicht verstehen; er glaubte aber auch annehmen zu dürfen, daß für seinen Betrieb ein Bedürfnis zu den verlangten Lohnerhöhungen gar nicht bestehe, weil er ohnehin verhältnismäßig hohe und den Zeitverhältnissen entsprechende Löhne zahle.

Demgegenüber wurde aber in der Versammlung von den bei der Firma **Kris Eilers jun.** beschäftigten Kollegen erklärt, daß für sie das Bedürfnis nach den durch die Vereinbarung mit den Firmen **Wolpers** und **Dobbe** zugestandenen Lohnerhöhungen ebensogut bestehe, weil die bei **Eilers** üblichen Löhne die in anderen Betrieben gezahlten keineswegs übersteigen. Es wurde beschlossen, bei der Firma **Eilers** noch einmal wegen Anerkennung des neuen Tarifs vorstellig zu werden und nötigenfalls den auf Grund des Hilfsdienstscheines eingeleiteten Schlichtungsausschuß anzurufen, weil eine gleichmäßige Regelung der tariflichen Verhältnisse an Ort und unter allen Umständen geboten ist. Es soll keine Maßnahme außer Anwendung bleiben, die auf Anerkennung des neuen Tarifs auch bei der Firma **Eilers jun.** hinzuwirken geeignet ist.

Zunächst wurden die Anwesenden aufgerufen, alle der Organisation noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zu dieser heranziehen, um unter Umständen recht nachdrücklich im Sinne der erbobenen Forderungen wirken zu können. Einmütig verpflichteten sich alle Anwesenden dem zu entsprechen. Ueber den weiteren Gang der Dinge hoffen wir bald gutes berichten zu können.

Rundschau.

Einigung im Leipziger Gewerkschaftsstreit. Unter Teilnahme der Vorstände und der Ortsverbandsleitungen der Zentralverbände der Asphalture, Handlungsgehilfen, Kupferschmiede, Metallarbeiter, Sattler, Steinseger, Tabakarbeiter und Schneider Leipzigs sowie dreier Mitglieder der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und des Ausschusses des Gewerkschaftskartells in Leipzig fand am Sonntag, den 25., und Montag, den 26. d. M., eine Aussprache über die Gründe des Austritts der vorgenannten Gewerkschaften aus dem Gewerkschaftskartell mit dem Ziel einer Einigung statt.

Von den ausgetretenen Gewerkschaften wurde folgende Entschlieung vorgelegt, deren erster Teil lautet:

„Die dem freien Gewerkschaftskartell zu Leipzig angeschlossenen Organisationen erklären, daß sie die Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sie bisher von dem alten Kartell und besonders von den beiden Sekretären **Küttich** und **Wylau**, ausgenommen ihre Tätigkeit in Rechtschutzsachen, im Namen der Leipziger Arbeiterschaft geübt worden ist, als nicht im Interesse der Arbeiter liegend betrachten. Ebenso verwerfen sie die von der Generalkommission betriebene Politik.“

Wegen diesen Teil gaben die Vertreter der Zentralverbände und der Generalkommission sowie der Kartellsausschuß folgende Erklärung ab:

„Wir halten den ersten Teil der Erklärung für nicht gerechtfertigt. Die in der Verolung für den Austritt aus dem Kartell angeführten Gründe bieten keine Veranlassung zu einem solchen Urteil, sondern es gilt als erwiesen, daß das Kartell und die Arbeitersekretäre ihre Pflicht erfüllt haben.“

Die Verhandlungen führten zu einer Einigung auf folgender Grundlage:

„Die ausgetretenen Gewerkschaften treten nach den allgemeinen Neuwahlen, die im Januar stattfinden, dem alten Kartell wieder bei. Nach dem Wiedereintritt legen die Kommissionen des Kartells, die im öffentlichen Interesse wirken, ihre Ämter wieder. Das Kartell entscheidet über die Besetzungen dieser Kommissionen. Die Vertretung des Gewerkschaftskartells hat durch den Kartellausschuß oder durch besonders gewählte Vertreter zu erfolgen. Die von dem Kartell zu solchen Kommissionen usw. Delegierten haben selbstverständlich die Meinung der Mehrheit des Gewerkschaftskartells zu vertreten. Die durch Behörden zu berufenden Vertreter des Gewerkschaftskartells haben vor Annahme dieser Berufung die Zustimmung des Kartells einzuholen. Dem Kartell bleibt es vorbehalten, an Stelle dieser beruflichen Personen andere Vertreter des Kartells zur Berufung vorzuschlagen. Soweit solche Berufungen durch die Behörden bereits erfolgt sind, hat das Kartell nach der Wiedervereinigung nachzuprüfen, ob diese Vertretungen aufrechtzuerhalten, eventuell durch andere Vertreter des Kartells zu ersetzen sind.“

Diese Vereinbarung wurde einstimmig beschlossen. Alle Teilnehmer an den Einigungsver-

handlungen waren sich voll bewußt, daß es mehr wie je notwendig ist, die Einigkeit der Gewerkschaften hochzuhalten und jede Schwächung gegenüber dem besonders in der Kriegszeit außerordentlich verstärkten Unternehmertum zu vermeiden.

Da während der Verhandlungen die Politik der Generalkommission während der Kriegszeit mehrfach erwähnt wurde, jedoch eine ausgiebige Aussprache darüber nicht stattfinden konnte, soll dieses Thema in einer besonderen Versammlung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute unter Teilnahme von Vertretern der Generalkommission erörtert werden.

Beitrags erhöhungen. In einer großen Anzahl von Gewerkschaften sind gegenwärtig Beitrags erhöhungen im Gange, welche die Einnahmen und Leistungen der Gewerkschaften mit der Veränderung des Geldwertes in Einklang bringen sollen. Im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wurde ein Beitragszuschlag von 10 Pf. ab 1. Oktober eingeführt, so daß nunmehr die Beiträge ohne Lokalszuschlag zwischen 50 und 80 Pf. in der Woche betragen. — Im Holzarbeiterverband wird noch in diesem Monat Urabstimmung über die neue Festsetzung der Beiträge und Unterstützungen stattfinden, nachdem eine Reichskonferenz die Vorlage des Verbandsvorstandes gegen sechs Stimmen gutgeheißen hat. — Im Lederarbeiterverband soll durch Urabstimmung bis zum 1. Dezember entschieden werden, ob vom 1. Januar an der Beitrag für männliche Mitglieder um 10 Pf., für weibliche Mitglieder um 5 Pf. ohne Veränderung der

Unterstützungssätze erhöht werden soll. — Die leitenden Instanzen des Kupferhammerverbandes haben eine Urabstimmung beschlossen, die bis zum 10. Dezember erledigt sein soll; ihr Gegenstand ist eine Erhöhung des Verbandsbeitrages von 65 auf 80 Pf. unter gleichzeitiger entsprechender Herabsetzung des Extrabeitrages und Neuregelung der Unterstützungsätze. Der Verband der Friseurgehilfen und der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins erlassen Aufruf zu planmäßigen freiwilligen Sammlungen und Beitragszahlungen.

Literarisches.

Von den „**Sozialistischen Monatsheften**“ ist das 24. Heft mit folgendem Inhalt erschienen: **Katheder- und Kanzelimprialismus in England.** Von Dr. Ludwig Duesel. — **Koloniale Arbeitsbeschaffung und Bevölkerungspolitik.** Von Max Schippel. — **Die Pflicht zum Parlamentarismus.** Von Hermann Kramold. — **Die Frauenberufsarbeit als erzieherisches Problem.** Von Heinrich Schulz. — **Robin.** Von Käthe Kollwitz. — **Justizreform von innen heraus.** Von Dr. Alfred Bözi. — **Außenpolitik.** Von Max Schippel. — **Philosophie.** Von Dr. Raphael Seligmann. — **Geschichte.** Von Dr. Alfred Keller. — **Dyktene.** Von Dr. Adolf Kraft. — **Dichtkunst.** Von August Döppner. — **Kunstgewerbe.** Von Paul Weisheim.

Von **Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914/17** (Allgemeine Kriegszeitung) ging uns das 158. bis 165. Heft zu.

Anzeigen

Linierer
für Büsche Maschine zum baldigen Eintritt gesucht, der gleichzeitig laufende leichte Buchbinderarbeiten mit übernimmt.
Carl Prelle, Osnabrück,
Buchbinderei, Geschäftsbücherfabrik.

Erfahrener älterer Fachmann
mit allen laufenden Arbeiten, speziell Geschäftsbücher, durchaus vertraut gesucht. Angeb. mit Gehaltsanspr. an
Carl Prelle, Osnabrück,
Buchbinderei, Geschäftsbücherfabrik.

1 Papierschnidemaschine f. Buchbinder,
1 kleine desgl.,
1 Treten, 5 m lang,
1 Glassatz, 3 m lang
zu verkaufen durch
Hermann Gerbau, Kelzen.

Wappenschere,
1 m Schnittlänge, neu, mit allem Zubehör, zu verkaufen an Selbstverbraucher.
Karo & Co., Berlin S. 59,
Kottbuser Damm 67.
Schneidl. in 2 3. Größe, weißbuchen, empfiehlt
Jaf. Gabel, Ebersfeld, Gesundheitsstr. 74.

Sortimenter Fertigmacher Deckenmacher Presser
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Julius Hager, Großbuchbinderei,
Leipzig, Breitkopffstr. 9.

Kräbe entlieh. Bett- u. Hautjucken geheilt in 2 Tag. o. Verursäch. 100000 f. bzw. Monatl. ab. 100 Selbster. Wäg. Breite. Verionenz. ang. „Salus“, Bochum 81, Kortumstr. 13.

Wer zerstoßenes Schuhwerk, Lederstaschen, Schürzen, Kleider, Zeit- und Waggendecken, Filz u. vieles andere selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich

Nähähle „Stepperin“

Sie näht spielend den Steppstich wie Maschine und loht sich in ganz kurzer Zeit im Haushalt wie bei Handarbeit. Garantie für Brauchbarkeit. Zahlreiche Anerkennungen und Nachbestellungen :: :: ::

Preis 2,80 Mk. mit loht. Nadeln gegen Voreinsendung oder Nachnahme durch:

General-Vertreter Chr. Schöpper,
:: Stuttgart 1, Schwabstraße 67 ::

Für meine Buchbinderei (Rüstungsbetrieb) suche ich einige tüchtige

Buchbinder

auf Geschäftsbücher gut eingearbeitet. Ebenso einige

Beschneider.

Auch Kriegsverletzte wollen sich melden. Bewerbungen mit Lohnangabe an

Fr. Wilh. Ruhfus, Geschäftsbücherfabrik, Dortmund, Königshof 23.

Ein Buchbinder

für den krausfeldschen Schnellreißschneider gesucht.

Angebote mit Lohnansprüchen und Angabe des frühesten Eintritts an

W. Crüwell, Dortmund.